

Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (EZI)

Informationen zum EU-Außenhilfeprogramm EZI

Hintergrund

Das Instrument für Entwicklungszusammenarbeit (EZI) bildet seit dem 1.1.2007 einen einheitlichen Rahmen für die EU-Förderung überwiegend in Entwicklungsländern, die nicht unter die EU-Heranhilfsstrategie, die Europäische Nachbarschaftspolitik oder die EU-Hilfe für die AKP-Staaten fallen. Es umfasst länder- und regionenbezogene sowie thematisch ausgerichtete Programme. Das EZI ersetzt somit das Programm ALA für Entwicklungsländer in Asien und Lateinamerika, die zentralasiatische Komponente des TACIS-Programms für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) und das Europäische Programm für Wiederaufbau und Entwicklung in Südafrika (EPRD). Außerdem umfasst es die vorherigen thematischen Programme zur Entwicklungsförderung.

Empfängerstaaten

Die 47 EZI-Empfängerländer sind in fünf Regionen gegliedert:

- Asien: Afghanistan, Bangladesch, Bhutan, Kambodscha, China, Indien, Indonesien, Korea (Dem.), Laos, Malaysia, Malediven, Mongolei, Myanmar/Birma, Nepal, Pakistan, Philippinen, Sri Lanka, Thailand, Vietnam
- Zentralasien: Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan
- Naher und Mittlerer Osten: Iran, Irak, Jemen, Oman
- Lateinamerika: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Guatemala, Honduras, Kolumbien, Kuba, Mexiko, Nicaragua, Panama, Paraguay, Peru, Uruguay, Venezuela
- Südafrika

Gegenwärtig gibt es für die drei Länder Iran, Korea (Dem.) und Oman keine Länderprogramme. Dies schließt aber eine EU-Förderung durch die thematischen Programme nicht aus. Der Oman wird als Land mit hohem Einkommen im Jahr 2011 von der Liste der EZI-Empfängerländer gestrichen.

Ziele und Förderprioritäten

Das wichtigste und übergeordnete Ziel des EZI ist - im Einklang mit den Millenniums-Entwicklungszielen der Vereinten Nationen und dem Europäischen Konsens - die Bekämpfung von Armut sowie die Förderung von Demokratie, verantwortungsvoller Staatsführung und

Achtung von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit. Zur Erreichung dieser Ziele umfasst die EZI-Verordnung folgende Förderschwerpunkte:

- Konsolidierung und Unterstützung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und Grundfreiheiten, verantwortungsvolle Staatsführung, Gleichstellung der Geschlechter sowie entsprechender Völkerrechtsinstrumente
- Förderung einer nachhaltigen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung mit Schwerpunkt auf den am meisten benachteiligten Ländern
- Förderung einer schrittweisen Eingliederung in die Weltwirtschaft
- Beitrag zur Entwicklung internationaler Maßnahmen im Umweltbereich (u.a. nachhaltige Ressourcenbewirtschaftung, Klimawandel und biologische Vielfalt)
- Stärkung der Beziehungen zwischen der EU und ihren Partnerländern und -regionen.

Als Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele räumt die EU den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten Ländern bei den Mittelzuweisungen Vorrang ein.

Die folgenden horizontalen Aspekte sollen laut EZI-Verordnung in alle Programme und Projekte einfließen: Menschenrechte, Gleichstellung der Geschlechter, Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung, Rechte von Kindern und indigenen Völkern, ökologische Nachhaltigkeit sowie Bekämpfung von HIV/AIDS. Ferner wird ein besonderes Augenmerk auf Stärkung der Rechtsstaatlichkeit, Verbesserung des Zugangs zur Justiz, Unterstützung der Zivilgesellschaft, Dialog und Aussöhnung sowie Institutionenaufbau gelegt.

Die EZI-Förderung erfolgt grundsätzlich über geographische, ergänzend aber auch durch thematische Programme. Außerdem wird über das EZI ein Programm zur Restrukturierung der Zuckerproduktion in 18 AKP-Staaten (Zuckerprotokoll) gefördert.

Geographische Programme

Die geographischen Programme für die Partnerländer in Lateinamerika, Asien, Zentralasien, im Nahen und Mittleren Osten sowie für Südafrika umfassen folgende Kooperationsbereiche:

Tabelle: EZI Prioritäten und Förderbereiche

Priorität	Förderbereiche
Armutsbekämpfung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung politischer Strategien zur Armutsbekämpfung und Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele
Menschliche Entwicklung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheit: Grundversorgung, Mutter-Kind-Versorgung, Bekämpfung übertragbarer Krankheiten, institutionelle Stärkung der Gesundheitssysteme, Forschung und Entwicklung ▪ Bildung: Grundschulbildung, berufliche Bildung, Hochschulbildung, lebenslanges Lernen und Austauschprogramme
Sozialer Zusammenhalt und Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschenwürdige Arbeit, Sozial- und Steuerpolitik unter Berücksichtigung der Bekämpfung von Armut, Arbeitslosigkeit, Ungleichheit und Ausgrenzung ▪ Bekämpfung von Diskriminierung, Gleichstellung der Geschlechter, Rechte der indigenen Völker und Rechte von

	<ul style="list-style-type: none"> Kindern Stärkung des institutionellen Rahmens zur KMU-Förderung und Schaffung von Arbeitsplätzen
Staatsführung, Demokratie, Menschenrechte und Unterstützung institutioneller Reformen	<ul style="list-style-type: none"> Schutz der Grundfreiheiten und Menschenrechte, Stärkung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, des Zugangs zur Justiz und einer verantwortungsvollen Staatsführung (einschl. Korruptionsbekämpfung) Stärkung der Zivilgesellschaft Sicherheit und Justiz, (insbesondere Asyl, Migration, Bekämpfung des Drogen- und anderen illegalen Handels, von Korruption und Geldwäsche) Umsetzung des Völkerrechts und multilateraler Übereinkommen
Handel und regionale Integration	<ul style="list-style-type: none"> Ausbau von Handel, Investitionen und regionaler Integration sowie Förderung eines wirtschaftsfreundlicheren Umfelds, Unterstützung der Wirtschafts- und Finanzpolitik, Privatsektorentwicklung Unterstützung des WTO-Beitritts
Umwelt und nachhaltige Entwicklung natürlicher Ressourcen	<ul style="list-style-type: none"> Umweltschutz, nachhaltige und sichere Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen sowie von Chemikalien und Abfällen Verbesserungen des städtischen Raums Umsetzung internationaler Umweltabkommen Aufbau von Kapazitäten zur Vorsorge für Notfälle und zur Vorbeugung gegen Naturkatastrophen
Wasser und Energie	<ul style="list-style-type: none"> Nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser sowie Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung; Nutzung nachhaltiger Energietechnologien;
Infrastruktur, Kommunikation und Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> Entwicklung der wirtschaftlichen Infrastruktur (einschl. regionaler Integration), verstärkte Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien
Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Ernährungssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> Nachhaltige Entwicklung des ländlichen Raums (einschl. Dezentralisierung) und Ernährungssicherheit
Situationen nach Krisen und instabile Staaten	<ul style="list-style-type: none"> Unterstützung und Wiederaufbau nach Konflikten und Katastrophen (u.a. Minenräumung, Demobilisierung und Reintegration) Versorgung mit grundlegenden Dienstleistungen und Aufbau rechtmäßiger, wirksamer und bestandsfähiger öffentlicher Einrichtungen Unterstützung sektorspezifischer Dialoge und der Umsetzung bilateraler Abkommen.

Quelle. Europäische Kommission

Zu diesen für alle Partnerländer geltenden Prioritäten kommen regionen- bzw. länderspezifische Schwerpunkte.

Lateinamerika

In Lateinamerika ist die EZI-Hilfe insbesondere auf sozialen Zusammenhalt (u.a. Abbau von Ungleichheiten, Beschäftigung, Drogenbekämpfung), regionale Integration, verantwortungsvolle Staatsführung, die Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraums zwischen der EU und Lateinamerika sowie nachhaltige Entwicklung (vor allem Schutz von Wäldern und biologischer Vielfalt) ausgerichtet.

Tabelle: Indikative Mittelzuweisung Lateinamerika 2007-2010 und 2011-2013 (in Mio. Euro)

Empfänger	Richtprogramm 2007-2010	Zuweisung 2007-2010	Richtprogramm 2011-2013	Zuweisung 2011-2013
Länderprogramme				
Argentinien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (52%) ▪ Wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit (23%) ▪ Stärkung der bilateralen Beziehungen u. des gegenseitigen Verständnisses zwischen EU und Argentinien (25%) 	41,6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von KMU (56%) ▪ Hochschulprogramm (33%) ▪ Unterstützung der Politikdialogs (11%) 	23,4
Bolivien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ KMU-Förderung (Economic opportunities for decent work; 41%) ▪ Kampf gegen illegale Drogenproduktion u. gegen Drogenhandel (34%) ▪ Nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (25%) 	134	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Kampf gegen Armut und sozialen Ausschluss (30%) ▪ Kampf gegen illegale Drogen (35%) ▪ Nachhaltiges Management von Wasserressourcen (35%) 	115
Brasilien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der bilateralen Beziehungen (76%) ▪ Stärkung der ökologischen Dimension im Bereich nachhaltige Entwicklung (24%) 	36,7	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der bilateralen Beziehungen (Hochschule, Zusammenarbeit in versch. Sektoren; 70%) ▪ Stärkung der ökologischen Dimension im Bereich nachhaltige Entwicklung (30%) 	21,4
Chile	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (40%) ▪ Bildung (akademischer Austausch u. Stipendien, 12%) ▪ Innovation u. Wettbewerbsfähigkeit 	25,4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (50%) ▪ Innovation und Wettbewerbsfähigkeit (50%) 	15,6

	(48%)			
Costa Rica	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt ▪ Regionale Integration 	21	Sozialer Zusammenhalt	13
Ecuador	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beitrag zur Erhöhung der sozialen Investitionen der Regierung für Bildung (55%) ▪ Schaffung nachhaltiger wirtschaftlicher Möglichkeiten und Förderung der regionalen Integration (45%) 	75	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildungssektor (55%) ▪ Wirtschaftliche Entwicklung (45%) 	62
El Salvador	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (50%) ▪ Wirtschaftliches Wachstum, regionale Integration und Handel (50%) 	72,6	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung für die "Urban and Rural Anti-Poverty Programmes" (98%) ▪ Unterstützung der Wahlreform (2%) 	48,4
Guatemala	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (54%) ▪ Wirtschaftliches Wachstum u. Handel (46%) 	87,9	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Justiz und Sicherheit (34%) ▪ Jugendarbeitslosigkeit und Berufsausbildung (66%) 	47,1
Honduras	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (51%) ▪ Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen - Forstwirtschaft (21%) ▪ Justiz u. öffentliche Sicherheit (28%) 	129,3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (Beschäftigung, KMU, Wasser/Abwasser; 48%) ▪ Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, einschließlich Erneuerbarer Energien, Energieeffizienz mit Fokus auf Klimawandel (49%) ▪ Sicherheit und Justiz: Pass Phase III (3 %) 	95,5
Kolumbien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Frieden u. Stabilität einschließlich alternativer Entwicklungsformen (70%) ▪ Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen u. Menschenrechte (20%) ▪ Wettbewerbsfähigkeit u. Handel (10%) 	104	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Frieden und Stabilität einschließlich alternativer Entwicklungsformen (66%) ▪ Rechtsstaatlichkeit, Justizwesen und Menschenrechte (19%) ▪ Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und Handel (15%) 	59
Kuba	<i>Kein Richtprogramm</i>		<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ernährungssicherheit (50%) ▪ Umwelt und Klimawandel (35%) ▪ Institutioneller Kapazitätenaufbau (15%) 	20

Mexiko	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (36%) ▪ Nachhaltige Wirtschaft u. Wettbewerbsfähigkeit (36%) ▪ Bildung u. Kultur (28%) 	30,8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt (45%) ▪ Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit (34%) ▪ Bildung und Kultur (21%) 	24,2
Nicaragua	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regierungsführung u. Demokratie (16,9%) ▪ Bildung (37,4%) ▪ Wirtschafts- u. Handelsthemen (41%) ▪ Institutionelle Unterstützung für sektorale Programme (4,7%) 	114,3	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Governance einschließlich institutionelle Unterstützung (26%) ▪ Bildung (30%) ▪ Wirtschafts- und Handelsthemen: Sozioökonomische Entwicklung und Investitionsklima (44%) 	99,6
Panama	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer Zusammenhalt ▪ Regionale Integration 	38 (Budget und Schwerpunkte 2007-2013)		
Paraguay	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Bildungswesens (84%) ▪ Wirtschaftliche Integration (16%) 	64	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Bildungswesens (56%) ▪ Wirtschaftliche Integration (13%) ▪ Armutsbekämpfung (32%) 	63
Peru	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Rechtsstaatlichkeit u. Regierungsführung (20%) ▪ Soziale Entwicklung in Regionen u. sozialer Zusammenhalt (80%) 	86,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Modernisierung des Staates und Stärkung verantwortungsvoller Regierungsführung sowie soziale Eingliederung (26%) ▪ Unterstützung der integrierten sozialen Entwicklung in spezifischen Regionen u. sozialer Zusammenhalt (74%) 	49,2
Uruguay	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer und territorialer Zusammenhalt (60%) ▪ Forschung u. Entwicklung sowie Innovation (40%) 	20	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Sozialer und territorialer Zusammenhalt (41%) ▪ Forschung und Entwicklung + Innovation (28%) ▪ Justiz (31%) 	16
Venezuela	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung der Modernisierung u. Dezentralisierung des staatlichen Verwaltungsapparats (75%) ▪ Ausgewogenes zukunftsfähiges Wachstum u. Diversifizierung der Wirtschaft (25%) 	40 (Budget und Schwerpunkte 2007-2013)		

Regionalprogramme				
Andengemeinschaft	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale Wirtschaft (40%) ▪ Sozialer und wirtschaftlicher Zusammenhalt (40%) ▪ Kampf gegen illegale Drogen (20%) 	32,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Umweltschutz/Klimawandel (40%) ▪ Regionale Wirtschaft (23%) ▪ Drogenbekämpfung (37%) 	17,5
Lateinamerika	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Förderung von sozialen Zusammenhalt u. Verminderung von Armut, Ungleichbehandlung u. Ausgrenzung (49%) ▪ Regionale Integration (22%) ▪ Angehen von regionalen Problemen u. gegenseitiger Verständigung (39%) 	331,4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale Integration und sozialer und territorialer Zusammenhalt (52%) ▪ Gegenseitiges Verstehen/Hochschulbildung (48%) 	194,6
Mercosur	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung der Mercosur-Institutionen(9%) ▪ Vertiefung von Mercosur u. Umsetzung des künftigen EU-Mercosur Assoziationsabkommens (52%) ▪ Förderung der Partizipation der Zivilgesellschaft, des Wissens über den regionalen Integrationsprozess, des gegenseitigen Verständnisses u. Sichtbarkeit (39%) 	23	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zweite Phase Biotechprojekt (12%) ▪ Vorbereitung des EU-Mercosur Assoziierungsabkommens (88%) 	17
Zentralamerika	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung des institutionellen Systems für regionale Integration (34%) ▪ Stärkung der Zollunion und damit verbundener gemeinsamer Politikbereiche (57%) ▪ Stärkung regionaler Regierungsführung und Sicherheitsthemen (9%) 	44	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung regionaler Integration (72%); ▪ Regionale Sicherheit an den Grenzen (28%) 	61
Gesamt (Länder- und Regionalprogramme)		1.514		1.100

Quelle. Europäische Kommission

Asien

In Asien richtet die EU besondere Anstrengungen auf die Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele in den Bereichen Gesundheit (einschl. HIV/AIDS) und Bildung, auf verantwortungsvolle Staatsführung und Stärkung der Zivilgesellschaft, Schutz von Menschen- und Kinderrechten, regionale Integration, Bekämpfung von Epidemien und Sanierung davon betroffener Sektoren, Förderung der nachhaltigen Entwicklung (auch hier insbesondere in Bezug auf Wälder und biologische Vielfalt) sowie Bekämpfung des Drogenhandels und anderer Formen illegalen Handels.

Tabelle: Indikative Mittelverwendung Asien 2007-2010 und 2011-2013 (in Mio. Euro)

Empfänger	Richtprogramm 2007-2010	Zuweisung 2007-2010	Richtprogramm 2011-2013	Zuweisung 2011-2013
Afghanistan	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ländliche Entwicklung (30%) ▪ Regierungsführung (40%) ▪ Gesundheit (20%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (sozialer Schutz, Landminen, regionale Kooperation; 10%) 	610	<ul style="list-style-type: none"> ▪ <i>Ländliche Entwicklung, einschl. Minenräumung (35-40%)</i> ▪ <i>Staatsführung und Rechtsstaatlichkeit (35-40%)</i> ▪ <i>Gesundheit und Sozialschutz (18-21%)</i> ▪ <i>Nicht-prioritäre Bereiche: Regionale Zusammenarbeit (2-4%)</i> 	600
Bangladesch	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschliche u. soziale Entwicklung (30-40%) ▪ Regierungsführung u. Menschenrechte (20-35%) ▪ Entwicklung von Wirtschaft u. Handel (15-25%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (Umwelt, Ernährungssicherheit u. Nahrung; 15-20%) 	200	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Menschliche und soziale Entwicklung (Grundschule, Gesundheitsreform; 37%) ▪ Regierungsführung u. Menschenrechte (27%) ▪ Entwicklung von Wirtschaft u. Handel (15%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche: Umwelt und Katastrophenmanagement (10%) ▪ Ernährungssicherheit u. Nahrung (10%). 	198
Burma	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (44%) ▪ Gesundheit (56%) 	32	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (39%) ▪ Gesundheit (52%) ▪ Kapazitätenaufbau für Regierungsmitarbeiter (9%) 	33
Bhutan	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erneuerbare natürliche Ressourcen (70%) ▪ Gute Regierungsführung u. 	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Erneuerbare natürliche Ressourcen (47%) ▪ Regierungsführung u. 	6

	Demokratisierung (30%)		Institutionenaufbau (7%) ▪ Unterstützung für Kapazitätsaufbau für Handel und Wirtschaft, einschl. WHO-Beitritt (47%)	
China	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung der sektoralen Dialoge zwischen der EU u. China, insbes. Handelszusammenarbeit, Zivilgesellschaft, Finanzdienstleistungen, sozialer Schutz sowie Unterstützung der Dialoge allgemein (50%) ▪ Umwelt, Energie, Klimawandel (30%) ▪ Entwicklung menschlicher Ressourcen, insbes. Hochschulbildung (20%) 	128	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Reformprogramms in Bereichen mit sektoralem Dialog (44%) ▪ Umwelt, Energie und Klimawandel (56%) 	45
Indien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des sozialen Sektors (Gesundheits- u. Bildungsreformen; 62%) ▪ Umsetzung des Aktionsplans (sektorale Wirtschaftsdialoge, Kultur u. Zivilgesellschaft, akademischer Austausch; 38%) 	260	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Sozialsektors (Bildung und Gesundheit; 71-86%) ▪ Umsetzung des Aktionsplans (Hochschule, Energie und Umwelt, Handel; 14-29%) 	210
Indonesien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (78-83%) ▪ Handel u. Investitionen (10-15%) ▪ Justiz u. Strafverfolgung (6-8%) 	248	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (72%) ▪ Handel u. Investitionen (12,5%) ▪ Justiz u. Strafverfolgung (8%) ▪ Klimawandel (7,5%) 	200
Kambodscha	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Nationalen Strategischen Entwicklungsplans (30-40%) ▪ Grundbildung (35-45%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (handelsbezogenen Unterstützung, Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen EU u. Kambodscha, Dialog im Bereich Regierungsführung u. 	76	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Nationalen Strategischen Entwicklungsplans (30-40%) ▪ Grundbildung (30-40%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche: 1. handelsbezogenen Unterstützung (10-20%), Unterstützung der Zusammenarbeit zwischen EU u. Kambodscha, Dialog im Bereich Regierungsführung u. 	75

	Menschenrechte; 20-30%)		Menschenrechte; 10-20%)	
Laos	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung des Nationalen Plans zur Armutsbekämpfung (60%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (nachhaltige Entwicklung u. politischer Dialog über Umsiedlung 25%, Regierungsführung 5%, Handel 10%; gesamt 40%) 	32	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung für die Reformagenda der Regierung der DVR Laos (56%) ▪ Nachhaltige Entwicklung im Hochland und politischer Dialog zur Umsiedlung, UXO-Räumung (11%) ▪ Gute Staatsführung und Menschenrechte (6%) ▪ Handel und wirtschaftliche Entwicklung (8%) 	36
Malaysia	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Handel u. Investitionen (100%) 	8	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimawandel und Armutsbekämpfung 	4
Malediven	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale Entwicklung (75%) ▪ Nicht-Schwerpunktbereiche (wirtschaftliche Zusammenarbeit, Demokratisierung u. verantwortungsvolle Regierungsführung; 25%) 	4	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Staatsführung: Unterstützung im institutionellen Bereich 	6
Mongolei	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung ländlicher Armut (80%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (u.a. Bildung, Wirtschafts- u. Handelskooperation; 20%) 	14	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Berufsbildung und Humanressourcen in ländlichen Gebieten (47%) ▪ Kapazitätsaufbau, um EU-Normen und-Standards erreichen zu können (53%) 	15
Nepal	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (60%) ▪ Stabilität und Friedenaufbau (37%) ▪ Handelserleichterung und Kapazitätsaufbau in der Wirtschaft (3%) 	60	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bildung (50-60%) ▪ Stabilität und Friedenskonsolidierung (25-35%) ▪ Handel und wirtschaftlicher Kapazitätsaufbau (5-15%) 	60
Pakistan	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ländliche Entwicklung u. Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (54%) ▪ Bildung u. Entwicklung menschlicher Ressourcen (33%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (Handelsentwicklung u. wirtschaftliche Zusammenarbeit 6,5%, Demokratisierung u. 	200	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ländliche Entwicklung und Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen (40%) ▪ Bildung und Entwicklung menschlicher Ressourcen (31%) ▪ Governance und Menschenrechte (22%) ▪ Handel (7%) 	225

	Menschenrechte 6,5%; gesamt 13%)			
Philippinen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung bei der Bereitstellung von Grundsozialdiensten im Gesundheitswesen (67-76%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (handelsbezogene Hilfe 11-13%, Fazilität für strategische Projekte 11-13%, Treuhandfonds mehrerer Geber 0-9%; gesamt 22-35%) 	60	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zugang zu qualitativ hochwertiger sozialer Grundversorgung - Gesundheitsbereich (51%) ▪ Staatsführung (Zugang zu Justiz, Migration und PFM; 25%) ▪ Unterstützung gefährdeter Bevölkerungsgruppen (beinhaltet Konflikt in Mindanao und Klimawandel; 17%) ▪ Handelsbezogene Hilfe (7%) 	69
Sri Lanka	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stabilisierung u. Wiederaufbau im Norden u. Osten (69%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (Entwicklung durch Handel, verantwortungsvolle Regierungsführung; 31%) 	52	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Entwicklung und Wiederaufbau (90%) ▪ Verantwortungsvolle Regierungsführung (7%) ▪ Handel (3%) 	60
Thailand	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Zusammenarbeitsfazilität zwischen Thailand u. der EU (u.a. wirtschaftliche Zusammenarbeit, verantwortungsvolle Regierungsführung, Wissensaustausch u. Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technologie, Forschung, Hochschulbildung; 100%) 	8	Zusammenarbeitsfazilität zwischen Thailand u. der EU (Schwerpunkte sind Umwelt, Klimawandel, Handel und Investitionen, Migration, verantwortungsvolle Regierungsführung, Hochschulbildung und Energie)	9
Vietnam	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung für sozio-ökonomischen Entwicklungsplan (35-45%) ▪ Gesundheitssektor (35-45%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (handelsbezogene Unterstützung 10-12%, Strategischer Dialog EU-Vietnam 8-10%; gesamt 18-22%) 	160	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung der Strategie für Armutsbekämpfung (49%) ▪ Gesundheitssektor (39%) ▪ Nicht-prioritäre Bereiche (Handelsbezogene Unterstützung 10%, Unterstützung von Governance und dem EU-Vietnam Strategiedialog 2%) 	144
Regional- programme				

Asien	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung der regionalen Integration (20%) ▪ Politik- und wissensbasierte Zusammenarbeit (52%) ▪ Unterstützung entwurzelter Bevölkerungsgruppen (28%) 	400	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung der regionalen Integration (20%) ▪ Politik- und wissensbasierte Zusammenarbeit (52%) ▪ Unterstützung entwurzelter Bevölkerungsgruppen (28%) 	321
Gesamt (Länder- und Regionalprogramme)		2.550		2.316

Quelle: Europäische Kommission

Zentralasien

Für Zentralasien setzt die EZI-Verordnung die Schwerpunkte auf Förderung von Verfassungsreformen und Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften an die der Gemeinschaft, Entwicklung von Marktwirtschaften und Integration der Partnerländer in die WTO (unter Berücksichtigung der sozialen Aspekte des Übergangs). Weitere Bereiche der Hilfe: Unterstützung eines effizienten Grenzschutzes und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Bekämpfung des Drogenhandels und anderer Formen illegalen Handels sowie von HIV/AIDS und ferner regionale Integration. Letztere soll insbesondere in den Bereichen Umwelt (vor allem Wasser-, Abwasser- und Abfallbewirtschaftung), Bildung, Energie und Verkehr ausgebaut werden.

Für Zentralasien werden insgesamt nur ein Strategiepapier und 2 Richtprogramme erstellt. Diese umfassen sowohl das Regionalprogramm als auch die einzelnen Länderprogramme.

Tabelle: Indikative Mittelverwendung Zentralasien 2007-2010 und 2011-2013 (in Mio. Euro)

Empfänger	Richtprogramm 2007-2010	Zuweisung 2007-2010	Richtprogramm 2011-2013	Zuweisung 2011-2013
Regionale Zusammenarbeit	Förderung der regionalen Zusammenarbeit und gutnachbarschaftlicher Beziehungen in Zentralasien, insbes. Netze (Energie, Verkehr, KMU), Umwelt (v.a. Wasser), Grenzschutz u. Migrationssteuerung, Bildung	95	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Nachhaltige regionale Entwicklung (Energie, Umwelt, Netzwerke für Unternehmen; 48%) ▪ Bildung Wissenschaft und persönliche Kontakte (43%) ▪ Rechtsstaatlichkeit, Grenzmanagement, Zoll und Bekämpfung organisierter Kriminalität (10%) 	105
Bilaterale Zusammenarbeit				
Kasachstan	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Bekämpfung der Armut und Verbesserung der Lebensstandards ▪ Unterstützung verantwortungsvoller Staatsführung und wirtschaftlicher Reformen 	45	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Regionale Entwicklung und lokale Verwaltung (27%) ▪ Justizreform (33%) ▪ Stärkung der Fähigkeiten des öffentlichen Dienstes, soziale und wirtschaftliche Reformen (40%) 	30
Kirgisistan	s.o.	53,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Reform der sozialen Sicherung und einkommenswirksame Tätigkeiten (37%) ▪ Bildungsreform (35%) ▪ Justizreform und Rechtsstaatlichkeit (27%) 	51
Tadschikistan	s.o.	67,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Soziale Sicherung und Beschäftigung (32%) ▪ Reform des Gesundheitswesens (32%) ▪ Entwicklung des Privatsektors (26%) ▪ Reform der öffentlichen Finanzen als Querschnittsthema (10%) 	62
Turkmenistan	s.o.	23,5	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im ländlichen Raum (29%) ▪ Förderung des Humankapitals (45%) 	31

			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Langfristige Entwicklung nachhaltiger Energiesysteme (26%) 	
Usbekistan	s.o.	37	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Ländliche und lokale Entwicklung (40%) ▪ Rechtsstaatlichkeit und Justizreform sowie Unterstützung lokaler Regierungsstellen (36%) ▪ Förderung des bilateralen Handels, des Geschäftsklimas und der KMU-Entwicklung (24%) 	42
Gesamt (Länder- und Regionalprogramme-)		321,5		321

Quelle. Europäische Kommission

Naher und Mittlerer Osten

Im Nahen und Mittleren Osten legt die EZI-Verordnung den Fokus auf die Förderung des sozialen Zusammenhalts und von sozialer Gerechtigkeit (insbes. bei der Nutzung der nationalen Ressourcen), politische Gleichstellung (bes. Geschlechtergleichstellung) sowie den Schutz von Menschenrechten. Im Wirtschaftsbereich stehen Bemühungen zur Diversifizierung der Wirtschaft, der Entwicklung der Marktwirtschaft sowie WTO-Integration im Vordergrund. Weitere wichtige Themen sind regionale Integration, die Umsetzung internationaler Abkommen und des Völkerrechts sowie Fragen der verantwortungsvollen Regierungsführung und Stärkung der Zivilgesellschaft.

Tabelle: Indikative Mittelverwendung Naher und Mittlerer Osten 2007-2010 und 2011-2013 (in Mio. Euro)

Empfänger	Richtprogramm 2007-2010	Zuweisung 2007-2010	Richtprogramm 2011-2013	Zuweisung 2011-2013
Jemen	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Verantwortungsvolle Regierungsführung (33%) ▪ Armutsbekämpfung (67%) 	60	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Unterstützung von Staatsaufbau und Regierungsführung (25%) ▪ Soziale Entwicklung (46%) ▪ Wirtschaftliche Entwicklung und Lebensbedingungen (28%) 	71
Iran	<i>Kein Richtprogramm</i>		<i>Kein Richtprogramm</i>	
Irak	Kein Richtprogramm 2007-2010 (Sondermaßnahmen werden durchgeführt)	(250)	Ein gemeinsames Programm mit Schweden und Italien (weitere Fördermittel):	58,7

			<ul style="list-style-type: none"> ▪ Wassermanagement und Effizienz (27%; 2011) ▪ Verantwortungsvolle Regierungsführung und Rechtsstaat (37%; 2012) ▪ Bildung und Arbeitsmarkt (36%; 2013). 	
--	--	--	------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	--

Quelle. Europäische Kommission

Südafrika

In Südafrika sollen Bemühungen zur Konsolidierung einer demokratischen Gesellschaft, der verantwortungsvollen Staatsführung und des Rechtsstaates besondere Berücksichtigung finden. Darüber hinaus spielen die Verhandlungen für ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und der Südafrikanischen Entwicklungsgemeinschaft SADC einschließlich Südafrika, die Anpassung der Volkswirtschaft an die neuen Gegebenheiten sowie auch die Bekämpfung von Armut, Ungleichheit und Ausgrenzung sowie HIV/AIDS eine wichtige Rolle.

Tabelle: Indikative Mittelverwendung Südafrika 2007-2013 (in Mio. Euro)

Programm	Mittelverwendung	Budget
Südafrika	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Schaffung von Arbeitsplätzen (35-45%) ▪ Auf- und Ausbau von Kapazitäten für die Dienstleistung und sozialer Zusammenhalt (30-40%) ▪ Regierungsführung (5-20%) ▪ Regionale und panafrikanische Unterstützung (4-10%) ▪ Fazilitäten für Handel-, Entwicklungs- und Kooperationsabkommen (bis zu 5%) 	980

Quelle. Europäische Kommission

Thematische Programme

Für eine thematische EZI-Förderung kommen Empfängerstaaten der geographischen EZI-Programme in Frage, aber auch von ENPI und vom EEF, d.h. alle Drittstaaten außer Industrieländern und EU-Kandidatenstaaten. Grundsätzlich werden zu einem bestimmten Thema immer mehrere Partnerländer gefördert. Auf die thematischen Programme kann die EU unter folgenden Bedingungen zurückgreifen:

- wenn der Mehrländeransatz einen Mehrwert gegenüber der geographisch gebundenen Förderung aufweist und diese gleichzeitig ergänzt
- wenn es sich um multiregionale bzw. Querschnittsmaßnahmen handelt
- wenn die Maßnahmen einer politischen Priorität der Gemeinschaft oder einer internationalen Verpflichtung der Gemeinschaft entsprechen
- wenn mit einem Partnerland keine Einigung zur bilateralen Förderung gefunden werden konnte, die geographische Förderung ausgesetzt wurde oder mit dem Partnerstaat kein geographisches Programm besteht.

Tabelle: Überblick über die fünf thematischen Programme

Programm	Schwerpunkte
In die Menschen investieren	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Gesundheit: Bekämpfung armutsbedingter und der wichtigsten übertragbaren Krankheiten (AIDS/HIV, Malaria, Tuberkulose), reproduktive Gesundheit, Familienplanung, gleichberechtigter Zugang zu Gesundheitsleistungen ▪ Bildung, Wissen und Fähigkeiten: Grund-, Sekundar-, Hochschul- und berufliche Bildung, Verbesserung des Zugangs zu Bildung, Förderung der Wissensgesellschaft, von Wissenschaft und Technologie sowie Zugang zu Kommunikationsnetzen ▪ Gleichstellung der Geschlechter ▪ Weitere Aspekte der menschlichen und sozialen Entwicklung: Kultur, Beschäftigung, sozialer Zusammenhalt, Kinder und Jugendliche
Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen, einschließlich Energie	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Klimaschutz, biologische Vielfalt, Wüstenbildung, Wälder, Wasser- und Bodenschutz, illegale Abholzung, Fischerei und Meeresressourcen, Einhaltung von Umweltnormen in der Produktion, Chemikalien- und Abfallbewirtschaftung, Bekämpfung von Verschmutzung, nachhaltige Produktion und nachhaltiger Verbrauch, umweltbedingte Migration sowie Energie (erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Regulierung) ▪ Umsetzung internationaler und regionaler Verpflichtungen, Kapazitätenaufbau, Verbesserung des ökologischen Fachwissens und Stärkung verantwortungsvoller Umweltpolitiken
Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Stärkung der Zivilgesellschaft (mindestens 85% der Mittel für nichtstaatliche Akteure) ▪ Unterstützung lokaler Behörden (z.B. bei Konfliktsituationen oder in instabilen Staaten)
Ernährungssicherheit	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Forschungstätigkeiten, technologische Innovation und Kapazitätenaufbau ▪ Informations- und Frühwarnsysteme ▪ Stärkung ernährungsbezogener Agrarpolitik und von Strategien für Ernährungssicherheit ▪ Nothilfe
Migrations- und Asylpolitik	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Begrenzung der Abwanderung und Förderung freiwilliger Rückkehr von Migranten ▪ Kapazitätenaufbau zum Migrationsmanagement und zur Ausarbeitung von Migrationsstrategien ▪ Schutz von Migranten und Bekämpfung von illegalem Menschenhandel

Quelle: EZI-Verordnung der EU

Weitere Informationen zu den thematischen Programmen finden Sie bei:

Germany Trade & Invest: www.gtai.de/DE/Content/Standardbeitrag/Entwicklungsprojekte/eu-thematische-programme.html

Europäische Kommission: http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/thematic_en.htm

AKP-Zuckerprotokoll

Für die 18 Staaten des AKP-Zuckerprotokolls existiert ein Spezialprogramm. Dies zielt erstens auf die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Zucker- und Zuckerrohrsektors und soll zweitens zur wirtschaftlichen Diversifizierung und zur Abfederung des Anpassungsprozesses durch die Reform des EU-Zuckermarktes beitragen. Empfängerländer sind

- in Afrika: Kongo (Rep.), Côte d'Ivoire, Kenia, Madagaskar, Malawi, Mauritius, Mosambik, Swasiland, Tansania, Sambia und Simbabwe
- in der Karibik: Barbados, Belize, Guyana, Jamaika, St. Kitts und Nevis, Trinidad und Tobago
- im Pazifik: Fidschi.

Programmierung

Im Rahmen der geographischen Programme erstellt die Kommission für jedes Partnerland und jede Partnerregion ein Strategiepapier 2007-2013, zwei Mehrjahresrichtprogramme 2007-2010 und 2011-2013 sowie jährliche Aktionsprogramme. Die Strategiepapiere und Mehrjahresrichtprogramme geben Aufschluss über Schwerpunkte der Zusammenarbeit und die Höhe des Budgets. Die jährlichen Aktionsprogramme enthalten konkrete Projekte und deren Umsetzung und eignen sich als Projektfrühinformation für künftige Ausschreibungen. Auch die thematischen Programme basieren auf mehrjährigen Strategiepapieren und jährlichen Aktionsprogrammen. Sämtliche Strategiepapiere werden in Halbzeitüberprüfungen an veränderte Gegebenheiten angepasst.

Geographische und thematische Strategiepapiere, Mehrjahresrichtprogramme und jährliche Aktionsprogramme erfordern die Zustimmung des EZI-Verwaltungsausschusses (Komitologieverfahren). Die Kommission unterrichtet lt. EZI-Verordnung das Europäische Parlament und führt mit ihm einen regelmäßigen Meinungsaustausch. Das EP prüft die Strategiepapiere in einem "demokratische Überprüfung" genannten Prozess auf ihre ordnungsgemäße Ausführung hin (z.B. Vornahme von Konsultationen im Partnerland, Übereinstimmung mit den DAC-Kriterien der OECD und den MDGs, Prozess der Geberkoordinierung).

Budget

Die EZI-Verordnung sieht für den Zeitraum 2007 bis 2013 ein Budget von 16,897 Mrd. Euro vor. Hiervon sind knapp 60% für die geographischen und rund ein Drittel für die thematischen Programme bestimmt. Die geförderten Maßnahmen können lt. Verordnung Gegenstand einer Kofinanzierung sein.

Tabelle: Indikative Mittelzuweisung 2007-2013 (in Mio. Euro)

Programm	Budget
Geographische Programme	10.057
Lateinamerika	2.690
Asien	5.187
Zentralasien	719
Naher und Mittlerer Osten	481
Südafrika	980
Thematische Programme*	5.596
In die Menschen investieren	1.060
Umweltschutz und nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen	804
Nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess	1.639
Ernährungssicherheit	1.709
Migrations- und Asylpolitik	384
Staaten des AKP-Zuckerprotokolls	1.244
Gesamt	16.897

Quelle: Europäische Kommission (Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Rates vom 18.12.2006, Anhang IV)

* Ein Betrag von 465 Mio. Euro aus dem Budget der thematischen Programme ist für Projekte in den ENPI-Empfängerstaaten vorgesehen (Europäisches Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument).

Förderinstrumente

Die im Rahmen der EZI-Verordnung gewährte Hilfe kann u.a. zur Finanzierung von Projekten und Programmen, direkten Budgethilfen, sektorbezogener Hilfe, Beiträgen zur EIB und anderen Finanzierungsinstitutionen sowie Zinszuschüssen (insbesondere für Umweltdarlehen), Entschuldungsprogrammen und Beiträgen zu internationalen Fonds oder nationalen Fonds der Partnerländer verwendet werden. Weiterhin sind Partnerschaften zwischen öffentlichen Einrichtungen der EU-Mitgliedstaaten und der EZI-Empfängerländer und die Bereitstellung von Humanressourcen und materiellen Ressourcen zur Vorbereitung, Verwaltung, Überwachung und Bewertung der Förderung förderfähig. Zudem finanziert die EU über das EZI Zuschüsse für dezentrale Gebietskörperschaften, gemeinsame Einrichtungen der Partnerländer und der EU, internationale Organisationen und nichtstaatliche Akteure sowie in Ausnahmefällen Einfuhren von Sachleistungen (Hilfe hier auch über die Bereitstellung von Devisen möglich).

Die Umsetzung der EU-Hilfe (Mittelbindung) kann u.a. folgende Rechtsformen annehmen: Finanzierungsvereinbarungen mit den Empfängerstaaten, Zuschussvereinbarungen mit den Begünstigten, Beschaffungsaufträge sowie Arbeitsverträge.

Bei einer dezentralen Umsetzung der Förderung kann die Kommission beschließen, auf die nationalen Vergabeverfahren des Empfängerlandes zurückzugreifen.

Teilnahme an Ausschreibungen und Zuschussprogrammen

Die Teilnahme an EZI-Aufträgen und -Zuschüssen steht allen natürlichen Personen (Kriterium: Staatsangehörigkeit) und juristischen Personen (Kriterium: Sitz) der

- EU-Mitgliedsstaaten
- offiziellen EU-Kandidatenstaaten
- Mitgliedsstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums
- EZI-Empfänger der geografischen Programme (im Falle eines Auftrags oder Zuschusses im Rahmen der geografischen Förderung)
- EZI-Empfänger der thematischen Programme, des AKP-Zuckerprotokolls sowie der Entwicklungsländer laut OECD/DAC-Liste (im Falle eines Auftrags oder Zuschusses im Rahmen der thematischen Förderung oder der Förderung auf Basis des AKP-Zuckerprotokolls)

offen.

Webseiten der Europäischen Kommission

Verordnung (EG) Nr. 1905/2006 des Rates vom 18.12.2006 zur Schaffung eines Finanzierungsinstrumentes für die Entwicklungszusammenarbeit (EZI): http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/de/oj/2006/l_378/l_37820061227de00410071.pdf

Informationen auf den Internetseiten von DEVCO:

- Asien und Zentralasien: http://ec.europa.eu/europeaid/where/asia/index_en.htm
- Lateinamerika: http://ec.europa.eu/europeaid/where/latin-america/index_en.htm
- Naher und Mittlerer Osten: http://ec.europa.eu/europeaid/where/middle-east/index_en.htm
- Südafrika: http://ec.europa.eu/europeaid/where/acp/country-cooperation/south-africa/south-africa_en.htm

Thematische EZI-Programme: http://ec.europa.eu/europeaid/how/finance/thematic_en.htm



Weitere Informationen

Germany Trade & Invest

Kirsten Hungermann (Leitung)

T. 0032-(0)2-20401 73/87

F. 0032-(0)2-20667 60

bruessel@gtai.de

Germany Trade & Invest ist die neue Gesellschaft der Bundesregierung für Außenwirtschaft und Standortmarketing. Sie ist durch die Fusion der Bundesagentur für Außenwirtschaft und der Invest in Germany GmbH zum 1. Januar 2009 entstanden. Die Gesellschaft berät ausländische Unternehmen, die ihre Geschäftstätigkeit auf den deutschen Markt ausdehnen wollen. Sie unterstützt deutsche Unternehmen, die ausländische Märkte erschließen wollen, mit Außenwirtschaftsinformationen.

Germany Trade & Invest

Gesellschaft für Außenwirtschaft und Standortmarketing mbH

Standort Bonn
Villemombler Str. 76
53123 Bonn
Deutschland

T. +49 (0)228 24993-0
F. +49 (0)228 24993-212
E-Mail: info@gtai.de
Internet: www.gtai.de

